



Sitzungsperiode 2023-2024  
Sitzung des Ausschusses I vom 6. November 2023

## **FRAGESTUNDE\***

### **• Frage Nr. 1491 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zu den Bemühungen der Regierung gegen das Geoblocking**

Jeder in der DG wird das Problem wohl kennen: Man versucht online auf eine Serie, einen Film oder die Übertragung einer Sportveranstaltung zuzugreifen und es erscheint auf dem Bildschirm ein Satz wie: „Dieser Inhalt ist in ihrem Land nicht verfügbar.“

Menschen, die in grenznahen Regionen leben oder arbeiten, stoßen häufig auf Schwierigkeiten, wenn sie auf bestimmte Online-Inhalte zugreifen möchten. Die Film- und Fernsehindustrie greift oftmals auf das Geoblocking zurück, um ihre Inhalte zu schützen.

So gibt es für die Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beispielsweise bis heute kein legales Angebot, um sich alle Spiele der deutschen Bundesliga anzuschauen. Mit der Folge, dass viele auf illegale Angebote zurückgreifen. Das ist weder für die Verbraucher noch für die jeweiligen Rechteinhaber eine günstige Lösung.

Die EU hat Grenzen im Alltag der Menschen beinahe unsichtbar werden lassen. Im Bereich der Medien ist das bis heute noch immer nicht der Fall. Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, dass man als Deutschsprachiger unter anderem auch deutschsprachige Inhalte konsumieren möchte.

Wir begrüßen daher ihre Bemühungen eine praktikable Lösung – zumindest für Grenzregionen in denen Sprachminderheiten leben – zu finden. So konnte man aus der Presse entnehmen, dass sie, Herr Ministerpräsident, zusammen mit dem Europaabgeordneten Pascal Arimont eine Taskforce Geoblocking gegründet haben, um die Kräfte in dieser Sache zu bündeln. Mit den Åland-Inseln und Südtirol konnten sie außerdem wertvolle Mitstreiter für diese Sache gewinnen. Auch vermeldeten sie vielversprechende Diskussionen mit der Deutschen Fußballliga.

Meine Fragen diesbezüglich lauten:

1. Welche konkreten Schritte plant die Regierung weiterhin?
2. Hat die Regierung konkrete Vorstellungen, wie eine umfassende Lösung mit oder ohne Hilfe der EU aussehen kann?

### **Antwort des Ministerpräsidenten:**

Dass wir in Ostbelgien nicht auf audiovisuelle Inhalte oder Mediatheken von Fernsehanstalten oder privaten Anbietern aus Deutschland zugreifen dürfen, weil wir „im falschen Land“ leben, ist eine nicht hinnehmbare Form digitaler Diskriminierung, die dem europäischen Gedanken fundamental widerspricht.

Aus diesem Grund habe ich im Sommer 2023 gemeinsam mit unserem EU-Abgeordneten Pascal Arimont die Taskforce „Geoblocking“ gegründet, an der unter anderem unser Gemeinschaftssenator Gregor Freches und Experten für rechtliche und technische Fragen angehören.

Gemeinsam wollen wir auf allen Ebenen Lobbyarbeit leisten, um dieses Problem zu lösen.

Ich selbst habe dazu bereits zahlreiche Gespräche geführt u.a. mit der Präsidentin des ZDF, dem Vizepräsidenten des ZDF-VR, dem Präsidenten des VR der RTBF, mehreren deutschen Ministerpräsidenten, mehreren deutschen Europaministern, dem Chef des deutschen Bundeskanzleramts, den Regierungschefs von Luxemburg und Südtirol, Vertretern der deutschen Kultusministerkonferenz und belgischen Anbietern wie Proximus und Eleven.

Gemeinsam wollen wir in unserer Task Force öffentlich-rechtliche Fernsehsender und private Anbieter in Deutschland dazu bewegen, grenzüberschreitende Partnerschaften einzugehen, um den Zugang zu audiovisuellen Inhalten für territorial abgegrenzte Sprachminderheiten wie der DGim Nachbarland zu ermöglichen.

In diesem Sinne haben wir vor kurzem auch die DFL getroffen.

Ich bin zuversichtlich, dass die DFL ihre Lizenzvergabe nach 2024 auf unsere Gemeinschaft ausdehnen wird.

Weitere Gespräche sowohl mit der Deutschen Fußballliga, mit privaten Anbietern wie DAZN und Sky als auch mit der ARD und dem ZDF werden derzeit vorbereitet.

Neben den notwendigen politischen Vereinbarungen bedarf es allerdings auch innovativer technischer Lösungen, damit die politischen Absprachen in der Praxis umgesetzt werden können.

Daran arbeiten wir gerade zusammen mit unserem Informatikdienst, der Regio IT und mehreren externen Firmen.

Außerdem haben wir mittlerweile mit Südtirol und den Aaland Inseln, die mit vergleichbaren Problemen konfrontiert sind, eine Allianz gegen das Geoblocking gebildet. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, das Geoblocking zumindest für territorial abgrenzbare Sprachminderheiten zu beenden.

Parallel dazu setzt sich unser EU-Abgeordneter Pascal Arimont im EU-Parlament für unsere Belange ein.

In seiner Eigenschaft als Verhandlungsführer seiner Fraktion für den so genannten Implementierungsbericht zur Geoblocking-Verordnung im Rechtsausschuss des EU-Parlaments hat er vorgeschlagen, Lizenzverträge für audiovisuelle Medien in Zukunft für Sprachgebiete bzw. klar definierbare sprachliche Minderheitengemeinschaften geltend zu machen, die dieselbe Sprache wie in den Nachbarländern sprechen.

Es war eine gute Nachricht, dass dieser Vorschlag durch den Rechtsausschuss angenommen wurde.

Es handelt sich bei diesem Bericht um eine Art Forderungskatalog, den das EU-Parlament in Bezug auf notwendige Änderungen der bestehenden Geoblocking-Verordnung an die EU-Kommission richtet. Der Text kann also als eine wichtige Grundlage für eine zukünftige Anpassung der Rechtslage bilden. All diese Lösungsschritte erfolgen Hand in Hand und in enger Absprache.

